

2009-08-03

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



---

## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 10.06.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Ehm, Lothar  
Pohl, Hans-Werner  
von der Heydt, Jörn

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Ehlert, Heidemarie

### **Fraktion der SPD**

Laue, Harald

### **Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen, Dr.

### **Mitglied CDU**

Lohde, Jacqueline

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner eröffnete die Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

- 2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung teilte Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, mit, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage zum TOP 7.21, Baumschutzsatzung, zurückzieht.

Die so geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich beschlossen

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.04.2009

Die Niederschrift der Sitzung vom 22.04.2009 wurde mit zwei Enthaltungen genehmigt.

An dieser Stelle informierte der Stadtratsvorsitzende über die Veränderung in der Zusammensetzung des Stadtrates. Wie bereits der Presse zu entnehmen war, sind aus der bisherigen Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM zwei neue Fraktionen gebildet worden:

- Fraktion Pro Dessau-Roßlau, unter Vorsitz von Herrn Matthias Bönecke,
- Fraktion NEUES FORUM, Vorsitzender ist Herr Klaus Tonndorf und weiteres Mitglied Herr Dirk Hofmeister.

In der Folge ergeben sich Veränderungen in der Ausschussbesetzung. Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM hatte ursprünglich zwei Sitze im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, im Kulturausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss. Nunmehr entfällt jeweils ein Sitz und geht an die SPD-Fraktion. Neue Mitglieder in den Ausschüssen sind demnach

- Herr Hans-Peter Dreibrodt im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt,
- Herr Ingolf Eichelberg im Kulturausschuss,
- Frau Angelika Storz, Rechnungsprüfungsausschuss.

Eine ebenfalls erforderliche Änderung im Anspruch einer Fraktion auf den Vorsitz ergibt sich beim Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und beim Rechnungsprüfungsausschuss. Hier laufen derzeit noch Gespräche, so dass dem Präsidium noch keine Entscheidung vorliegt.

## 4. Berichte des Oberbürgermeisters

### 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Im Auftrag des Oberbürgermeisters gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** den Bericht der Stadtverwaltung an den Stadtrat, da er sich noch in einer Beratung beim Ministerpräsidenten zum Thema Konjunkturpaket II befindet und erst später zur Sitzung des Stadtrates hinzukommt. Angesichts der heutigen Tagesordnung verzichtete Frau Nußbeck in dem Bericht vollständig auf die Darlegungen zum Stand der Baumaßnahmen in unserer Stadt. Dieser Teil des Berichtes wurde in schriftlicher Form ausgereicht.

Frau Nußbeck führte im Einzelnen aus:

Die **Genehmigung des Haushaltes 2009** durch das Landesverwaltungsamt liegt vor, der Vermögenshaushalt ist ohne Auflagen, der Verwaltungshaushalt wurde mit Auflagen genehmigt.

Auch für 2009 wurde wieder eine Haushaltssperre zu den Konditionen des Vorjahres angeordnet, das heißt freiwillige Leistungen nur bei 70-%iger Förderung durch Drittmittel. Diese Haushaltssperre wurde durch den Oberbürgermeister am Montag erlassen und muss insbesondere auch vor dem Hintergrund der nunmehr zunehmenden Auswirkungen der Krise unbedingt eingehalten werden.

### **Zum Konjunkturpaket II:**

Die komplette Liste mit allen Maßnahmen, die insbesondere auch aus den Pauschalen finanziert werden sollen, liegt nunmehr vor und soll am 24. Juni im Hauptausschuss bestätigt werden. Gleichzeitig müssen alle Maßnahmebeschlüsse mit entsprechenden außerplanmäßigen Ausgabeanträgen in der Sitzung gefasst werden.

### **Erhalt des Karstadt-Warenhauses in unserer Stadt:**

Der Insolvenzantrag wurde gestellt. Nunmehr kommt es darauf an, dass im weiteren Verfahren der Standort Dessau als Warenhausstandort gesichert bleibt. Die Stadt muss und wird das Nötige tun, um diesen wichtigen Innenstadtfaktor zu erhalten. Für den 8. Juni 2009 wurden alle Oberbürgermeister und Landräte der betroffenen Städte zum Gespräch beim Bundesminister Tiefensee in Berlin eingeladen.

### **Umsetzung der Beschlüsse:**

- Die „Satzung über die Nutzung der kommunalen Kindertagesstätten der Stadt Dessau-Roßlau“ und die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Entgelten für die Benutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen in der Stadt Dessau-Roßlau“ wurden am 22.04.09 im Stadtrat beschlossen und werden ab 1. August 2009 in Kraft treten.
- **BV/064/2009/VI-60 - Sanierungsgebiet Dessau-Nord, Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJahr 2009**  
Die Grundstücke Ecke Mendelssohnstr./Alexandrastr. wurden für das Sanierungsvermögen erworben. Auf dem einen Grundstück befindet sich der Spielplatz; auf dem anderen Grundstück teilweise ungenutzte Garagen. So ist die Legalisierung des Spielplatzes gegeben und eine Neuordnung des Blockbereiches Mendelssohnstr./Alexandra-/Lessingstr./Eduardstr. wird nun mit den Grundstückseigentümern umgesetzt.  
Die Planungsvorbereitungen für die Erschließungsanlagen Humboldtstr./Körnerstr LP bis 6 sowie für den Albrechtsplatz LP 1+2 sind in Bearbeitung.
- **BV/066/2009/VI-60 - Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest, Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJahr 2009**  
Die Planungsvorbereitungen für die Erschließungsanlagen „Knoten Sieben Säulen“ sowie den Fußweg Gropiusallee (Bibliothek) laufen.
- **BV/063/2009/VI-60 - Sanierungsgebiet Altstadt-Roßlau, Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJahr 2009**  
Vorbereitung für die Beseitigung städtebaulicher Missstände – Hauptstr. 109 (Kohlmannsches Haus) läuft bereits.
- **BV/082/2009/VI-60 - Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt, Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJahr 2009**  
Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für die im Teil B-Plan A festgelegten Grünanlagen südlich des T-Gebäudes läuft.
- **DR/BV/057/2009/VI-61- Beschluss über die Aufstellung für die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 200 (ehem. Nr. 27) „An der Birkenallee“ im Stadtteil Roßlau**  
Bekanntmachung im Amtsblatt / Ausgabe 07/2009 wird am 27.06.2009 erfolgen.

- **DR/BV/074/2009/VI-61 - Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“**  
Mitteilung des Abwägungsergebnisses erfolgte mit Anschreiben vom 29.05.2009
- **DR/BV/075/2009/VI-61 - Satzung für den Bebauungsplan Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“ in der Fassung vom 27.02.2009**  
Eine Bekanntmachung im Amtsblatt kann erst nach Genehmigung der 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau durch das Landesverwaltungsamt erfolgen. (FNP 2. Änderung Feststellungsbeschluss soll in der heutigen Stadtratssitzung erfolgen)
- **DR/BV/075/2009/VI-61 - Satzung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 37 „Shopping- und Dienstleistungscenter Franzstraße / Askanische Straße“ mit örtlicher Bauvorschrift in der Fassung vom 20.02.2009**  
Bekanntmachung ist im Amtsblatt / Ausgabe 6/2009 am 20.05.2009 erfolgt.
- **DR/BV/504/2008/CDU – Stadt Dessau-Roßlau gegen ausbeuterische Kinderarbeit**  
Mit Runderlass vom 11.05.2009 hat die Landesregierung die Vergabestellen des Landes wie auch der Landkreise und Kommunen verpflichtet, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in begründeten Fällen von den Bietern eine Eigenerklärung zu verlangen. In der Eigenerklärung müssen die Bieter zunächst erklären, ob die von ihnen erbrachte Leistung oder Lieferung bestimmte Produkte enthält, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet worden sind.

Für den Fall, dass dies von den Bietern zu bejahen ist, müssen sie im Weiteren entweder versichern, dass die Herstellung oder Bearbeitung der zu liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182 erfolgt ist oder, wenn sie eine solche Zusicherung nicht abgeben können, versichern, dass ihr Unternehmen gegenüber Lieferanten und Nachunternehmern aktive und zielführend Maßnahmen ergriffen haben, um ausbeuterische Kinderarbeit auszuschließen.

Entsprechend Runderlass vom 11.05.2009 wird die Stadt in öffentlichen Vergabeverfahren, soweit es sich um die Beschaffung der im Erlass genannten Produkte handelt, die Bieter auffordern, eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Die Verwendung der Eigenerklärung bei öffentlichen Auftragsvergaben durch die Stadt entspricht den Intentionen des Beschlusses des Stadtrates vom 22.04.2009 und setzt sie in geeigneter Weise um.

### **Gebietsänderungsangelegenheiten**

Wie der regionalen Presse zu entnehmen war, beabsichtigt die SPD-Landtagsfraktion, in den nächsten Wochen der CDU Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Eingemeindung von Wörlitz und Vockerode zum Ziel haben soll. Wenn die Koalitionspartner zu einer Einigung kommen, soll umgehend ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden. Unseren beiden Landtagsabgeordneten der CDU wird hierbei eine nicht ganz einfache Abstimmungsarbeit in ihrer Fraktion bevorstehen, da es auch, wie der Presse zu entnehmen war, zurzeit Widerstände gibt.

Am 27.05.09 hat OB Herr Koschig während einer Zusammenkunft mit dem Bürgermeister der Gemeinde Thießen ein Gespräch darüber geführt, dass es zurzeit der politische Wille der Stadträte ist, keine Eingemeindung von Thießen anzustreben. Er hat aber nochmals betont, dass die Stadt Dessau-Rosslau alle Möglichkeiten ergreifen wird, Thießen auch in Zukunft bei der Einschulung von Thießener Kindern bzw. beim ÖPN-Verkehr zu unterstützen.

Das Thema soll in der Sitzung des Hauptausschusses am 24.06.2009 im nichtöffentlichen Teil noch einmal vertiefend dargestellt werden.

### **Schule**

Am 15. Mai fand im BBFZ in Anwesenheit des Europaabgeordneten Dr. Schnellhardt durch Oberbürgermeister Koschig und Frau Lakotta-Just die feierliche Übergabe der Zertifikate „Jugendbotschafter für Europa“ an Schüler des Gymnasiums „Walter Gropius“ statt.

Am 18. Mai nahmen Schüler der Sekundarschule Zoberberg am 12. Bundesfinale um den Erdgaspokal der Schülerköche in Erfurt teil. Der Leiter des Schulverwaltungsamtes begleitete die Schüler und gratulierte im Namen des Oberbürgermeisters zu einem erfolgreichen 4. Platz.

Am 02. Juni fand in Wittenberg die planmäßige Regionalkonferenz zum Verbund Berufsbildender Schulen statt.

### **Kultur**

Am 16. Mai 2009, dem Vorabend des Internationalen Museumstages, fand die Jazz-Kulttour III im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte statt. Knapp 300 Besucher nahmen daran teil.

Am 7. Juni 2009 gab es das 7. Anhaltische Seifenkistenrennen mit Unterstützung durch die Werkstatt für behinderte Menschen und des ECE-Centermanagements in Dessau-Rosslau. Mit 47 gemeldeten Teams stand schon vor Beginn des Rennens der erste Rekord fest. Das Anhaltische Seifenkistenrennen ist aufgrund der Renndurchführung gleichzeitig der Qualifikationslauf für die 16. Deutschen Internationalen Meisterschaften in Berlin am 5. Juli. Die Platzierten der Plätze 1 bis 3 in jeder Kategorie erhalten dafür das Ticket.

### **Sport**

Am 2. Juni war das 11. Internationale Leichtathletik-Meeting "ANHALT 2009" bei traumhaftem Sommerwetter und mit ca. 4800 Besuchern. 200 Athleten aus 30 Nationen waren in Dessau-Rosslau am Start.

Es gab herausragende Leistungen sowohl von einigen deutschen als auch von ausländischen Athleten. So wurden 12 x die Weltmeisterschaftsnorm erfüllt sowie mehrere neue Stadionrekorde aufgestellt. Die Stadt Dessau-Rosslau hat mit diesem Meeting eine herausragende Sportveranstaltung in ganz Mitteldeutschland etabliert.

## Tourismus

Vom 10. bis 12. Mai 2009 stellten die Städte Dessau-Roßlau und Lutherstadt Wittenberg unter der gemeinsamen Dachmarke „Luther, Bauhaus, Gartenreich“ neue touristische Angebote auf dem **Germany Travel Mart in Rostock** vor. Dies ist die wichtigste Verkaufsveranstaltung der Deutschen Zentrale für Tourismus in Deutschland, zu der ca. 600 internationale Einkäufer der Reisebranche aus der ganzen Welt anreisen.

Hier wurde auch das Angebot der Stadt Dessau-Roßlau - **eine Reise zur Internationalen Bauausstellung 2010 in unsere Stadt** - vorgestellt. Im Anschluss an den Germany Travel Mart führten Post-Convention-Touren in ausgewählte Städte. Darunter war auch Dessau-Roßlau. Die 30 internationalen Reiseveranstalter und Journalisten aus 13 Ländern waren begeistert von den touristischen Angeboten und dem Programm in unserer Stadt.

## Allgemeines

Am 16.05.2009 fand der Verkehrstag 2009 für „Jung und Alt“ auf dem Gelände der Verkehrswacht statt. Diese Veranstaltung ist ein Verkehrssicherheitsprojekt, organisiert von der Verkehrswacht, dem Amt für Ordnung und Verkehr, der Polizei und den Mitgliedern des Verkehrssicherheitsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau, unterstützt von den Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit dem verkehrspolitischen Ziel, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Straßenverkehr zu erhöhen. Es war ein gelungener Aktionstag für „Groß und Klein“ mit vielen Attraktionen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr und mit rund 300 Besuchern eher unterrepräsentiert, was hoffentlich nur dem Wetter geschuldet war.

Am **5. Mai 2009** erhielt die Hautklinik im SKD die Auszeichnung als einen (weiteren) Ort im Land der Ideen

Am **9. Mai 2009** war die gelungene “Elektra“-Premiere und offizielle Verabschiedung des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters Johannes Felsenstein, dem auch von dieser Stelle aus nochmals Dank für seine Arbeit gezollt und alles Gute für seinen wohlverdienten Ruhestand gewünscht wird.

Am **29. Mai** fand das zweite Brunnenfest der Handwerkerschaft statt, das initiiert wurde, um besser zwischen Handwerkerschaft, Politik und Verwaltung zu kommunizieren und dem deshalb auch eine bessere Resonanz gewünscht werde.

**In der vergangenen Woche** wurde auch in 12 unserer Kindereinrichtungen gestreikt. Die Betreuung wurde im Wesentlichen von den Eltern selbst abgesichert, es gab jedoch für Notfälle ein Betreuungsangebot in anderen Kita. Wir hoffen nun, dass sich die Tarifparteien schnell einigen, damit weitere Einschränkungen erspart bleiben.

**Gestern** weilte Herr Bundesminister Tiefensee in unserer Stadt und besuchte die Stationen Altes Theater, Kurshaus Kurt Elster, Meisterhäuser und Bauhaus. Im Gepäck hatte er gleichzeitig zwei Schecks, einen für die Stadt in Höhe von 2,5 Mio. € und einen für das Bauhaus in Höhe von 3,3 Mio. €, beide jeweils aus dem Bundesförderprogramm ausschließlich für die Erhaltung und Unterstützung der UNESCO-Welterbestätten.

## Ausblick

**Am 12. und 13. Juni 2009** finden in Dessau-Roßlau die 17. Musikschultage des Landes Sachsen-Anhalt sowie gleichzeitig die Landesmeisterschaften der Spielmannszüge statt.

Zur Teilnahme am **Festumzug des Leopoldsfestes** am **5. Juli, um 12:30 Uhr, an der Museumskreuzung** sprach Frau Nußbeck eine Einladung aus und bat die Stadträte und Stadträtinnen, Ihre Schärpe mitzubringen.

Abschließend erfolgten durch Frau Nußbeck zwei organisatorische **Informationen**:

- In der heutigen Sitzung wurde Ihnen bereits die Vorlage über die Errichtung eines Denkmals für Hugo Junkers in unserer Stadt übergeben. Diese Vorlage soll nach der Sommerpause im Stadtrat behandelt werden und der Oberbürgermeister bittet Sie, die Zeit bis dahin zu nutzen, um sich in den Fraktionen eine Meinung hierüber zu bilden.
- Die **nächste planmäßige Stadtratssitzung** nach der Sommerpause wird um eine Woche - vom 19. August auf den **26. August 2009** - verschoben.

## **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

entfällt

## **5. Einwohnerfragestunde**

**Herr Kurt Hoffmann**, wohnhaft in 06846 Dessau-Roßlau, Burgrainer Straße 9, Ortschaft Großkühnau, meldete sich zu Wort und brachte seine Betroffenheit zum Ausdruck. Er stellte die Frage, warum Anfragen von Bürgern der Ortschaft an den Stadtrat bzw. an die Vorsitzenden der Fraktionen nicht beantwortet werden oder erkennbar an der Verbesserung der gegenwärtigen Situation, insbesondere die Lebensbedingungen der Bürger betreffend, gearbeitet wird. Es seien seit der Fragestellung 10 Wochen vergangen, weshalb er die Frage in den Raum stellte, wer sich für die ca. 1000 Bürger, davon 750 Wahlberechtigte, der Ortschaft interessiert.

In seiner Entgegnung, was seine Person anbetreffe, bestätigte Herr Dr. Exner, dass sich Herr Hoffmann auch an das Stadtratspräsidium gewandt hatte. Richtig sei auch, dass er Herrn Hoffmann nach dem persönlichen Gespräch noch eine Antwort schuldig sei und ihn die Mitarbeiterinnen des Büros des Stadtrates diesbezüglich schon mehrfach gemahnt haben. Er bat jedoch um Verständnis für das Versäumnis, da es sowohl aus beruflichen Gründen als auch durch die Kumulation politischer Termine zu einem gewissen Rückstau gekommen sei. Herr Dr. Exner sagte zu, in den nächsten zwei Wochen auf Herrn Hoffmann zuzukommen.

Als **Vorstand der Bürgerinitiative „Dessau natürlich mobil“** richtete sich **Herr Klaus Meier** an das Gremium. Im Zusammenhang mit einer unlängst ins Leben gerufenen Aktion - bei der es um eine Fotoaktion zum „Schlagloch des Monats“ ging - wies er darauf hin, dass man darauf aufmerksam machen wollte, dass viele Stadtteile unter erheblichen Problemen mit schlechten Straßenzuständen zu leiden haben. Es wurde eine

Mappe mit 182 Fotos von Schlaglöchern zusammengestellt, welche hier übergeben wird. Es erhebe sich die Frage, ob man vorhabe, die Prioritäten, was die Verkehrsplanung betreffe, zu ändern. Für die Antwort könne man sich Zeit lassen und schriftlich erfolgen. Ein Grund, warum man z. B. die Ostrandstraße nicht mag und für nicht richtig halte, ist, dass sie zum Teil durch das Weltkulturerbe führt und den Erholungswert der Gegend, durch die sie führt, erheblich beeinträchtigt.

Die genannte Mappe wurde vom Vorsitzenden des Stadtrates in die Hände von Herrn Hantusch gegeben, in dessen Verantwortungsbereich die Thematik fällt, sowie an Frau Nußbeck, die für die Finanzierung zuständig ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

## **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 Ganztagschule "Zoberberg" Beseitigung der Geruchsbelästigungen, Maßnahmebeschluss und überplanmäßige Mittelbereitstellung Vorlage: DR/BV/186/2009/VI-65**

Es gab keine Anfragen.

Die Vorlage wurde z. K. genommen.

### **6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Zunächst meldete sich **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, zu Wort und bezog sich auf die Umgestaltungsmaßnahmen am Bauhaus. Hier werde mehr und mehr deutlich, dass die Häuser der DWG im Umfeld des Bauhauses sanierungsbedürftig sind. Er wurde diesbezüglich von mehreren Seiten angesprochen, wie damit umgegangen werden soll.

Dieses Thema müsse im Verwaltungsrat der DWG erörtert werden, was auch angeregt werde, entgegnete **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**.

**Herr Knop, DVU**, kam auf die Worte von Frau Nußbeck in dem Bericht der Verwaltungsleitung zurück, dass die Karstadt-Muttergesellschaft Arcandor und damit auch die Karstadt-Warenhaus GmbH insolvent sind. Was das für das Dessauer Karstadt-Warenhaus bedeutet, müsse klar sein. Frau Nußbeck hatte gesagt, die Stadt müsse nun das Nötige tun, weshalb er fragte, welche konkreten Maßnahmen die Stadt Dessau-Roßlau beabsichtigt zu ergreifen. Damit meine er nicht das Abgeben von Erklärungen oder Bekundungen.

Zunächst müsse festgestellt werden, dass im Insolvenzverfahren die Stadt Dessau-Roßlau nicht direkt beteiligt ist, erklärte **Frau Nußbeck**. Wir können nur das Nötige tun, indem wir über die politischen Gremien unsere Einflussmöglichkeiten wahrnehmen. Das sei auch mit dem Bundesminister Tiefensee so abgestimmt. Ein anderer Weg als dieser ist im Moment nicht ersichtlich.

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, stellte eine Anfrage zum neu gestalteten Westausgang des Dessauer Hauptbahnhofes. An ihn sei eine Anregung herangetragen worden, dass zwei Dinge nachgerüstet werden sollten. Hier richtete er die

Bitte an Herrn Hantusch, sich dafür bei der Bahn-AG einzusetzen. Es handelt sich darum, dass es an dem neuen Westausgang keine Uhr mehr gibt und kein Hinweis bzw. separate Ausschilderung mehr vorhanden ist, dass über diesen Ausgang der Stadtteil Ziebigk, das Bauhaus und die Meisterhäuser erreicht werden. Für die Touristen von außerhalb wäre es sehr hilfreich, dort ein direktes Hinweisschild im Bahnhof vorzufinden.

Hinsichtlich der geplanten Turnhalle für das Philanthropinum erklärte **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, nach seinem Kenntnisstand war der Bau in Planung gemeinsam mit dem Bauhaus durchgeführt worden. Nun sei ihm seit kurzem bekannt, dass das Projekt so nicht verwirklicht werden kann, es soll abgespeckt werden. Er fragte nun, wann die Pläne dazu ausgereicht werden und ob das Bauhaus weiterhin mitarbeitet. Es sei nur wünschenswert, wenn ein architektonisches Highlight an diesem neuen und s. E. sehr schön gestalteten Ort entsteht. Prof. Oswald hat sich bereit erklärt, mit seinen Mitarbeitern weiter an der Planung mitzuwirken.

Der Maßnahmebeschluss zu diesem Projekt wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt, erwiderte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Man habe die Umgestaltung des Stadtparks miterlebt und freue sich auf die kulturellen und festlichen Veranstaltungen, merkte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, an. Es könne aber nicht sein, dass auf der einen Seite Feste gefeiert werden, wie am letzten Sonntag das Kinderfest, und 100 oder 200 m entfernt findet ein intensiver Drogenhandel statt. Nachdem von Einwohnern die Polizei verständigt wurde, diese nach dem dritten Anruf kam, möglicherweise Personalien festgestellt und den Ort wieder verlassen habe, trat nach etwa 1-2 Stunden die gleiche Situation wie vordem ein. Aus diesem Grunde fragte Herr Pätzold, was die Stadtverwaltung denkt, wie man dieser Situation entgegentreten und sie vermeiden könne.

Da es sich um ein sehr umfangreiches Thema handelt, bat **Frau Nußbeck**, darauf schriftlich antworten zu können. Es gebe eine Menge von Aktivitäten, über die sie in diesem Zusammenhang auch informieren würde.

Eine frühere Anfrage bezüglich des zwischenzeitlich im Stadtgebiet Nord errichteten Parkplatzes zwischen Schlachthofstraße und dem Anger aufgreifend, bat **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, um Auskunft, ob abzusehen ist, wann sich die Aufwendungen refinanziert haben werden. Nach seiner Beobachtung wird diese Parkfläche nicht sehr intensiv genutzt.

Seine nächste Frage richtete sich an Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler. In der letzten Sitzung habe die Fraktion Die Linke eine detaillierte Zeitplanung bei der Umsetzung Kindertagesstätten-Eigenbetrieb gefordert. Es sollte ein konkreter Ablaufplan vorgelegt werden, der dem Protokoll aber nicht anhängig war. Herr Giese-Rehm fragte nach, ob es inzwischen konkretere Vorstellungen gibt.

**Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, führte aus, am 3. Juni wurde die Kollegin, die die Projektleitung Eigenbetrieb übernehmen wird, im Haus mit der Projektgruppe in Kontakt gebracht. Frau Eberle wird am 1. Juli ihren Dienst antreten und die Leitung der Projektgruppe über-

nehmen. Es mache Sinn, den Terminplan, der dann vorgelegt werden soll, innerhalb der Projektgruppe zunächst abzustimmen. Erste Eckdaten für einen Terminplan sollen im nächsten Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. Hier wird Frau Eberle persönlich anwesend sein und sich vorstellen. Herr Dr. Raschpichler denke, den Terminplan auch trotz aller Enge halten zu können.

Eine Anfrage aus der Ortschaft Kleinkühnau stellte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an Herrn Beigeordneten Hantusch. In der Rosefelder Straße, Einmündung zur Hauptstraße, gebe es seit mehreren Jahren erhebliche Probleme mit dem Oberflächenwasser. Es haben sich dort Bürger mehrfach an das Tiefbauamt gewandt. Um etwas Nachdruck in die Angelegenheit zu bringen, sprach Herr Weber dies hier im Rat an.

Mit dem Tiefbauamt wurde bereits ein Termin vereinbart, um Abhilfe zu schaffen, teilte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an Herrn Weber gerichtet mit. Des Weiteren fragte Herr Schönemann Herrn Dr. Raschpichler, ob es definitiv sei, dass wir ab dem 01.01.2010 einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten in Dessau-Roßlau haben werden. Darauf entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**, er gestalte Termine auch gern realistisch und dazu benötige er ein klares inhaltliches Votum der Projektgruppe. Wenn es einen Leiter der Projektgruppe gibt, räume er diesem natürlich auch Gestaltungsmöglichkeiten ein, auch wenn er die Gesamtverantwortung übernehme. Er habe mit Frau Eberle sehr intensiv gesprochen. Sie sieht durchaus Chancen, den Termin zu halten. Im Übrigen sei es durchaus möglich, einen Eigenbetrieb, wie eine Eigengesellschaft rückwirkend zu installieren und in Betrieb zu nehmen. Herr Dr. Raschpichler bitte aber um Verständnis, dass er erst das klare Votum für ein Terminkonzept innerhalb der Projektgruppe haben muss. Dessen ungeachtet sehe er aber den Termin 01.01.2010 als realistisch an.

Weiteren Anfrage- oder Informationsbedarf gab es nicht.

## 7. **Beschlussfassungen**

### 7.1 **Niederlegung des Stadtratmandates durch Dr. Werner Sauermilch** **Vorlage: DR/BV/205/2009/V-StR**

Der Stadtrat gab der Niederlegung des Mandates von Herrn Dr. Sauermilch seine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 30:00:01

Der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** merkte an, dass Herr Dr. Sauermilch noch bis zum 31.08.2009 im Amt sei und auch in der August-Beratung noch anwesend ist.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärte, in der Fraktionssitzung darüber gesprochen zu haben, dass die Fraktion bis zur Vereidigung des nachrückenden Stadtratsmitgliedes personell geschwächt sei, weshalb er bitte, die Termine so zu koordinieren, dass die Arbeitsfähigkeit der Fraktion erhalten bleibt. Hierauf entgegnete Herr Dr. Exner, dass dies vom Procedere unproblematisch sei, da Herr Dr. Sauermilch wie bereits mitgeteilt, bis zum 31.08.2009 im Amt und somit in der Sitzung am 26.08.2009 stimmberechtigt ist. Der Nachrücker wird zu Beginn der darauf folgenden Stadtratssitzung vereidigt werden und dann auch mitarbeiten und abstimmen können. Es entstehe also keine Lücke. Details könnten gern noch außerhalb der Stadtratssitzung von Herrn Schönemann mit dem Präsidium besprochen werden.

**7.2 Beitritt zur internationalen Friedensinitiative "Mayors for Peace"**  
**Vorlage: DR/BV/021/2009/I-OB**

Der Beitritt zur Friedensinitiative wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 30:00:00

**7.3 Feststellung der Jahresrechnung 2007**  
**Vorlage: DR/BV/139/2009/I-14**

Der Beschluss zur Vorlage erfolgte mehrheitlich.

**Abstimmungsergebnis:** 35:00:04

**7.4 Entlastung des Oberbürgermeisters für das Jahr 2007**  
**Vorlage: DR/BV/140/2009/I-14**

Die Entlastung wurde mehrheitlich ausgesprochen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:03

**7.5 Feststellung der Jahresrechnung 2007 der Stadt Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/141/2009/I-14**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 35:00:04

**7.6 Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Roßlau für das Jahr 2007**  
**Vorlage: DR/BV/142/2009/I-14**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:05

**7.7 Beschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug und Wechsellader  
für ergänzenden Katastrophenschutz**  
**Vorlage: DR/BV/178/2009/II-37**

Der Beschaffung des Fahrzeuges und des Wechselladers wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.8 Rahmenvereinbarung des "Regionalverbundes Anhalt  
für berufliche Bildung"**  
**Vorlage: DR/BV/177/2009/V-40**

**Herr Giese-Rehm**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, dass man in der Vergangenheit mehrere Teile der berufsbildenden Schulen zusammenfassen und schlie-

ßen musste, weil die Zusammenarbeit mit den neuen Landkreisen nicht so funktionierte. Insofern sehe er diese Vorlage als ersten Schritt für vertrauensbildende Maßnahmen.

Er teile diese Einschätzung, entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, dass dies ein wichtiger Schritt innerhalb der Region für mehr Planungssicherheit ist. Dennoch werde es schwierig bleiben. Alle Schulträger, die eine eigene Berufsbildungseinrichtung vorhalten, werden darauf bestehen können, diese auch zu nutzen. Es wird also ein sehr langwieriger Prozess sein, für den diese Vereinbarung aber ein erstes Podium schafft. Ziel muss sein, für die Berufsschüler kurze Wege zu installieren.

Mit dieser Vereinbarung habe man eine Chance, bestimmte Berufsgenres in den einzelnen Regionen mit bestimmten Standortschwerpunkten auch konzeptionell zu untersetzen, führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Er fragte, ob dieser Faden wieder aufgenommen wird und wie Herr Dr. Raschpichler aus jetziger Sicht eine mögliche Entwicklung in diese Richtung einschätzt.

Genau das sei das Ziel, was auch auf Seite 3 der Vorlage dargestellt werde, erwiderte **Dr. Raschpichler**. Man wolle durch ein möglichst Bedarf deckendes Angebot alle Berufswünsche innerhalb der Region erfüllen, indem die einzelnen Standorte spezialisiert werden, um sicherzustellen, dass eine hoch qualifizierte Ausbildung in der Region stattfinden kann und damit auch diese Schülerwanderungen klar vorgegeben sind. Was z. Z. noch hinderlich sei, wobei er die Bitte an die Stadträte richtete, auf allen Ebenen mitzuhelfen. Man müsse bei bestimmten Spezialisierungen (in Richtung Landwirtschaft/Wittenberg) über die Mischklassenbildung diese Ausbildungsrichtung in der Region einpflanzen. Hier benötige man Hilfe aus dem Kultusministerium, da die Mischklassenproblematik noch nicht gelöst sei.

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

## **7.9 Schließung des "Goethe-Gymnasiums", Stadtteil Roßlau, Goethestraße 1 und 5, zum 31. Juli 2009. Vorlage: DR/BV/180/2009/V-40**

Nach kurzer Einführung durch Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler erklärte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, die Schließung des Goethe-Gymnasiums bzw. der Außenstelle des Philanthropinums ist für die Stadt Roßlau selbstverständlich ein sehr schmerzlicher Einschnitt, zumal im Fusionsvertrag ja auch eindeutig der Erhalt des Goethe-Gymnasiums festgeschrieben oder gefordert wurde. Er habe auch erlebt, dass aus dieser Tatsache politisches Kapital geschlagen wurde, wozu er aber zu bedenken gebe,

- dass der Einzugsbereich des Goethe-Gymnasiums jetzt eindeutig vom Landkreis Wittenberg beschult wird und dieser nicht bereit war, das Roßlauer Goethe-Gymnasium weiter zu beschicken.
- Genau so wichtig ist, dass man die Eltern und Schüler der 5. Klasse gefragt habe, ob sie den kurzen Weg zum Goethe-Gymnasium gehen wollen oder sofort zum Philanthropinum. Hier haben die Eltern eine deutlich mehrheitliche Entscheidung getroffen, nicht noch einmal wechseln und gleich zum Philanthropinum gehen zu wollen.

Aus diesem Grund könne man kein politisches Kapital aus der Entscheidung schlagen, sondern handeln und der Vorlage nur zustimmen, da sie eindeutig richtig ist.

Ein bedauerlicher Nebeneffekt sei, dass der Name Goethe entfällt, führte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, aus. Vielleicht könne im Schulverwaltungsamt darüber nachgedacht werden, ob man diesen Namen anderswo verankern könnte.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Tonndorf an und teilte mit, er begleite den Prozess seit der Fusion mit wachen Augen. Er bestätigte, dass sich die objektiven Rahmenbedingungen, die die Schülerzahlen betreffen, geändert haben und Eltern neue Perspektiven in der neuen Stadt sehen. Das sei ein Qualitätsgewinn und zeigt, dass das Zusammengehen von Dessau und Roßlau nach wie vor der richtige Weg war. Natürlich gebe es dabei auch Nebenerscheinungen, die uns nicht immer gefallen. Es sei aber ein generelles Problem, die neuen Dimensionen der Stadt überhaupt zu erfassen und sich mit ihren Entfernungen überhaupt abzufinden. Das betreffe nicht nur Schüler, sondern auch Angestellte unterschiedlichen Couleurs. Er könne dem Beschluss heute nur folgen, tue das ungern, weil er natürlich auch weiß, dass jeder Stadtteilstandort und jedes Quartier mit einer Infrastruktur lebt und Qualität zeichnet. Roßlau werde aber s. E. dabei nicht verlieren.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:01:01

#### **7.10 Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt - Dessauer Innenstadt Vorlage: DR/BV/079/2009/VI-61**

Das Konzept wurde in mehreren Ausschüssen diskutiert, führte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Er denke, dass es ein wichtiges Konzept für die Stadt ist, da es aufzeigt, wie die soziale Problemlage im Zuge des Stadtumbaus ist. Wichtig ist eine regelmäßige Fortschreibung des Konzeptes, worauf er bereits im Bauausschuss verwiesen habe. Herr Dr. Schmidt appellierte nochmals, dass die Maßnahme Schülerfreizeitzentrum und Station Junger Techniker, wozu es einen Haushaltskonsolidierungsbeschluss gibt, zu einem Neuanfang genutzt wird und man diesen Neuanfang am Standort Heideschule wagt.

Auf einen seit längerem nicht nutzbaren Spielplatz am Rondell wies **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, hin. In der jetzt ausgereichten Änderung stehe, dass dafür Mittel in einer dort genannten Haushaltsstelle anteilig enthalten sind, weshalb er frage, ob in Kürze mit einer Reaktivierung des Spielplatzes zu rechnen ist oder langfristig etwas passieren soll.

**Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, erläuterte, das Ausgereichte beinhalte einen neuen Stand. Inzwischen sei in der Planung ein Haushaltsansatz enthalten. Die finanzielle Summe könne zur Kofinanzierung soziale Stadt verwendet werden und soll auch möglichst schnell realisiert werden.

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**7.11 Auslobung eines Architekturpreises für die Bauhausstadt  
Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/080/2009/VI-61**

Auf den Namen des Architekturpreises Bauhausstadt Dessau-Roßlau verwies **Herr Weber, CDU-Fraktion**.

Dass dies sicher einige erfreue, bestätigte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Dennoch frage er, ob es wirklich hier „Bauhausstadt Dessau-Roßlau“ heißen müsse und man nicht mit gutem Recht sagen könne und müsse „Architekturpreis der Stadt Dessau-Roßlau“. Aus diesem Grund stellte er den Änderungsantrag, das Wort ‚Bauhaus‘ zu streichen, so dass es „Architekturpreis der Stadt Dessau-Roßlau“ heißt.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, legte dar, auch er habe mit der Bezeichnung Bauhausstadt Dessau-Roßlau ein Problem, allerdings ein historisches, denn Roßlau ist nicht Teil des Bauhauses. Deshalb könne er der Vorlage in dieser Fassung auch nicht zustimmen.

Er habe das gleiche Problem, führte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, aus, denn es gebe nur die Bauhausstadt Dessau. Entweder es gibt eine Beschlussvorlage, wo Bauhausstadt Dessau drinsteht, oder es gibt die Stadt Dessau-Roßlau. Aber Bauhausstadt Dessau-Roßlau sei etwas schief.

Im entsprechenden Fachausschuss wurde über die Vorlage diskutiert und mit 3 Enthaltungen beschlossen, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Man sollte nicht um des Kaisers Bart streiten, sondern es sei eine Möglichkeit, einen Baustein zur zukünftigen Bauhausstadt hinzuzufügen. Er sehe nicht um jeden Preis die Umbenennung, sondern es gehe um eine inhaltliche Ausrichtung. Die neue Ausstellung „90 Jahre Bauhaus“, die in eindrucksvoller Weise Herr Oswalt nach Dessau geholt hat, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und wir großzügiger agieren. Es sei eine Chance, denn der Architekturpreis ist kein Sanierungspreis, sondern die Akteure, die auf diesem Gebiet versucht haben, diesen Preis auszugestalten, wollen tatsächlich etwas anderes. Man habe die Chance, im Stile unserer Tradition diesbezüglich anzuknüpfen und in eine bestimmte Qualität zu führen, was man nutzen sollte.

Er unterstütze den von Herrn Giese-Rehm eingebrachten Antrag, erklärte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**. In seinen Augen sei es ein Versuch, durch die Hintertür den Begriff Bauhausstadt Dessau-Roßlau einzuführen.

**Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, verwies auf die Stadt Weimar, welche ein Plakat verwendet, auf dem steht, dass das Bauhaus aus Weimar kam. Man habe nichts Adäquates, weil das Bauhaus jetzt hier in Dessau-Roßlau steht. Warum sollte die Stadt Dessau-Roßlau auf die Idee kommen und von sich aus einen Architekturpreis ausloben. Bauhaus sei nicht mehr und nicht weniger ein konzeptioneller Anspruch. D. h. nicht kalte Umbenennung, sondern ein Anspruch. Wenn man Stadt schreibe, sei das anonym und kein Maßstab. Der Anspruch im Titel sage aus, welche Synergie und welchen Inhalt wir erwarten. Es werde mitnichten die Problematik des Preises diskutiert, sondern nur über den Namen. Deshalb bitte er um Versachlichung dieses Themas.

An Herrn Maloszyk gewandt, bemerkte **Herr Schönemann**, er habe das so nicht gewollt, aber der Antrag habe weder fachlichen, noch politischen oder irgendeinen anderen Hintergrund, sondern einen gewissen Charakter, der nicht gerade Demokratie fördernd ist. Er ist für die offene Diskussion, am Ende werden es Mehrheiten entscheiden. Sie sollte aber sachlich stattfinden und nicht in dieser emotional aufgeladenen Art.

Man hatte sich in einer vorherigen Stadtratssitzung darauf geeinigt, über das Thema der Namensänderung Bauhausstadt Dessau-Roßlau in aller Ruhe zu gegebener Zeit zu sprechen, entgegnete **Herr Maloszyk**. Er halte es jetzt für den falschen Zeitpunkt.

**Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, legte dar, sie arbeite zurzeit in der Lutherstadt Eisenach. Nebenan liege die Rosenstadt Sangerhausen. Beide Städte werben mit ihrer Spezifika. Nur in Dessau-Roßlau gelinge das nicht, weil man an vielen Dingen sehr kleinbürgerlich und provinziell herangehe. Sie werbe für den Antrag.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, stellte folgenden **Antrag**: Auslobung eines Architekturpreises für die Bauhausstadt.

**Frau Nußbeck** erklärte, der Vertrag mit der Sparkasse laute genau so, wie es in der Beschlussvorlage steht.

Der **Antrag** von Herrn Eichelberg, im Titel der Vorlage „**Stadt Dessau-Roßlau**“ zu **streichen**, so dass es nur noch heißt „Auslobung eines Architektenpreises für die Bauhausstadt“ wurde mehrheitlich (04:28:09) **abgelehnt**.

Der **Antrag** von Herrn Giese-Rehm, das Wort ‚**Bauhaus**‘ zu **streichen**, so dass der Titel heißt „Auslobung eines Architektenpreises für die Stadt Dessau-Roßlau“, wurde mehrheitlich (18:13:09) **angenommen**.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 17:15:08

Nach Beschlussfassung wurden folgende Erklärungen abgegeben:

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bemerkte, dass die jetzige Vorlage ohne den Zusatz ‚Bauhaus‘ eine Mehrheit gefunden hat, empfinde er als sehr bedauerlich. Damit habe man wieder einen Preis, der letztendlich nichts sagt, aber Geld kostet.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, schloss sich den anfänglich genannten Aspekten von Herrn Bönecke an. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf, es noch zu schaffen, im Jahre des 90-jährigen Bestehens des Bauhauses sich noch auf Dinge zu besinnen, die uns voranbringen. Insofern sei es doppelt bitter, dass der Stadtrat das Bauhaus aus einem Architekturpreis gestrichen hat, was er im Protokoll als äußerst bedauerlich verankert wissen wolle. Man sollte über eine zweite Chance nachdenken und diskutieren. Er sei voller Hoffnung, irgendwann zu einer sachlichen Diskussion zu kommen und diesen Streit über Dessau-Roßlau irgendwann beiseite legen zu können, um sich inhaltlichen Fragen der Bauhausstadt Dessau-Roßlau widmen zu können. Wie das Label am Ende heißt, entscheide der Stadtrat selbst. Er sei hoffnungsvoll, bis zur IBA 2010 darauf eine Antwort gefunden zu haben. Man habe gute Partner in der Stadt und wolle die Zeit nutzen, um das zu einem guten Ende zu führen.

**Frau Storz, 2. stellv. Stadtratsvorsitzende**, erklärte, weltweit ist Architektur mit dem Bauhaus in Dessau verbunden. Der Stadtrat von Dessau-Roßlau, mit ihrer Gegenstimme, hat das Bauhaus aus einem Architekturpreis gestrichen, was unfassbar sei. Sie wehre sich vehement dagegen, dass das so bleibt. Sie hoffe, dass die Stadtparkasse ihr Sponsoring unter diesen Bedingungen nicht fortsetzt, denn ein Architekturpreis in Dessau-Roßlau ohne Bauhaus, sei nicht möglich.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, verwies auf seinen Versuch eine Brücke zu bauen. Dass wir Dessau-Roßlau heißen, wissen wir alle. Hier gehe es um die Bauhausstadt. Wenn wir den Anspruch haben, das Bauhaus in der Stadt stehen zu haben, müsse nicht Dessau oder Dessau-Roßlau dahinter stehen. Wir sind die Bauhausstadt und er könne die Probleme damit nicht verstehen.

#### **7.12 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Wettbewerb des Investitionsprogrammes UNESCO - Welterbestätten - Projektauswahl Vorlage: DR/BV/102/2009/VI-61**

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**, verwies darauf, dass man für die Projekte Nr. 1 und 2 schon 2,5 Mio. € avisiert bekommen habe.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, stellte richtig, dass man momentan nur für das Projekt 2 das Geld bekommt und noch keine weiteren Details schriftlich vorliegen.

Es sei schön, dass das Geld jetzt in die Stadt Dessau-Roßlau fließt, stellte **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, fest. Es stelle sich aber die Frage, wie die Kofinanzierung abgesichert ist.

In Beantwortung legte **Frau Nußbeck** dar, dies müsse mit der Haushaltsplanung 2010 eingerichtet werden. Soweit es notwendig ist, werde man das mit einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung einbringen. Die Eigenanteile sind momentan nicht im Haushalt geplant. Das betrifft viele Maßnahmen im Konjunkturprogramm, so dass man in diesem Jahr nur umschichte. Man werde aber die Fördermittel nehmen, da wir als bedürftige Kommune eine 90-%-Förderung erhalten.

**Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, merkte an, dass demzufolge das Projekt Jonitzer Kirche aus dieser Fördermaßnahme heraus gefallen ist, weshalb sich die Frage stellt, inwieweit das Projekt über ILEK weiter gefördert und betrieben werden kann, wie der Stand jetzt ist und wann mit den Baumaßnahmen an der Jonitzer Kirche, auch die Straße, begonnen werden kann, so wie es geplant war. Man werde mit ILEK weiter machen, jedoch geben die Mittel nur die Fläche, nicht die Straße her, erwiderte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61**. Auch könne sie zum zeitlichen Ablauf jetzt nichts sagen.

**Frau Andrich** bat zu prüfen, inwieweit die Straße rund um die Jonitzer Kirche mitgemacht werden kann, da sie für die ankommenden Touristen kein guter Anblick sei und die Busse durch Schlaglöcher fahren müssen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 38:00:03**

**7.13 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau  
- Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbe-  
teiligung eingegangenen Stellungnahmen  
Vorlage: DR/BV/164/2009/VI-61**

Die Abwägung wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.14 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau  
- Beschluss über die Feststellung der Planung vom 14.04.2009  
Vorlage: DR/BV/165/2009/VI-61**

Im Text zur Abwägung wurden verschiedene Anfragen und Anregungen zum Tierheim aufgeführt, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Wenn man sich den Plan ansehe, entstehe der Eindruck, das Tierheim werde auf der Wasserseite der Böschung gebaut. Das sei zwar z. T. richtig, man wolle aber beschließen, dass das vorgezogen wird. Aus diesem Grund bitte er dringend darum, doch sehr deutlich zu vermerken, dass das Tierheim innerhalb des Deiches platziert wird und der Bereich, der jetzt noch im Überschwemmungsbereich eingezeichnet ist, soll weiter genutzt werden als Auslauf. Bei der Veröffentlichung des Flächennutzungsplanes müsse also hier noch Feinarbeit geleistet werden.

Seitens der Verwaltung wurde Zustimmung signalisiert.

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.15 Beschluss über die Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen  
der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, der Behörden und Träger  
öffentlicher Belange zum Entwurf des Zentrenkonzeptes der Stadt Des-  
sau-Roßlau (Stand August 2008)  
Vorlage: DR/BV/161/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.16 Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan Nr.  
213 "Golfpark" eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der  
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
Vorlage: DR/BV/158/2009/VI-61**

Der Stadtrat stimmte der Vorlage mehrheitlich zu.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.17 Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 213 "Golfpark"  
Vorlage: DR/BV/159/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

### **7.18 Beschluss über das Zentrenkonzept Vorlage: DR/BV/163/2009/VI-61**

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, legte dar, es handelt sich um eine ausgezeichnete konzeptionelle Arbeit, die lange überfällig war. Man habe im Ausschuss darüber diskutiert, dass die Erklärung Barcelonas Bestandteil des Zentrenkonzeptes sein soll, sich also diesem Thema widmet. Ansonsten sei die inhaltliche Ausrichtung akzeptabel und werde seitens der Fraktion unterstützt.

**Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender**, erläuterte, bei aller beschriebenen Qualität des Papiers gebe es einen Wermutstropfen. So tauche in der Gliederung der Vorlage, welche Ortsteile und Schwerpunkte betrachtet werden, der Ortsteil Großkühnau gar nicht auf. Er werde zwar erwähnt, aber nur, dass er schwerpunktmäßig an Kleinkühnau hängt.

In der Ortslage habe man sich mit diesem Thema beschäftigt, auch wie die Leute von einem Ortsteil zum anderen kommen können und hat verschiedene Fragen gestellt. Die Fragen wurden in einer Qualität beantwortet, die er ablehne. Die Leute darauf hinzuweisen und zu sagen, sie sollen sich in den Bus setzen, Straßen und Wege werden zwanghaft nicht unbedingt geräumt, nur weil der Personennahverkehr dort entlang geht, das gehe nicht. Dieser Ortsteil sei der Älteste überhaupt und einer derjenigen, der eine Dorferneuerungskonzeption auf den Weg gebracht hat, betonte Herr Hoffmann. Er weise auch darauf hin, wie wichtig eine Schule ist, schon wegen der sozialen Verknüpfung zwischen den Menschen. Dort gebe es aber, außer zwei Kneipen nichts mehr. Insofern sollte man die Frage von Herrn Kurt Hoffmann in der Einwohnerfragestunde verstehen, welcher dort wohnt und nur Dinge sieht, die kaputt gehen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:02

### **7.19 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche" Vorlage: DR/BV/162/2009/VI-61**

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erklärte, mit dem Beschluss des Bebauungsplanes werde das Einzelhandels- und Zentrenkonzept in eine rechtssichere Form gebracht. Da er Zweifel an der Umsetzung des Beschlusses hat, stelle sich bezüglich der auf Seite 2 getroffenen Aussage, dass der Bebauungsplan vom Amt selbst bearbeitet werden soll, die Frage, ob durch das Amt abgesichert werden kann, dass der entsprechende Bebauungsplan vor den Weihnachtsferien zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Man könne hier nicht noch eine Hängepartie über Monate und Jahre machen, wenn keine Finanzierung für das Objekt gesichert ist. Seine Empfehlung wäre, Schwerpunkte zu setzen und ein freies Büro zu beauftragen, was diesen Vorgang entsprechend vorantreibt. Er bezweifle, dass das die Verwaltung in der aufgestellten Struktur und der Vielzahl der Arbeiten im Planungsamt wirklich leisten kann.

Erwidernd erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, es wurde richtig erkannt, dass der Bebauungsplan die Rechtssicherheit

bringt. Das Amt traue sich das zu und es ist vorgesehen, dies bis zum Jahresende vorzulegen.

Er halte es aus den Erfahrungen der letzten Jahre für wichtig, dass sich die Verwaltung einen Teil der Kompetenz zurückholt und fachlich begleitet, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Man habe die Kapazität und an vielen Stellen das Personal dafür. Deshalb wäre es sinnvoll, das in diese Richtung auf den Weg zu bringen, was nicht gegen die freien Berufe geht. Man werde aber andere Betätigungsfelder haben, wo man Kooperationsbereitschaft signalisieren werde.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, verwies auf Punkt 1 der Beschlussvorlage, den letzten Absatz, in dem die zu berücksichtigenden Ortsteile aufgeführt sind. Hier vermisse er den Ortsteil Mosigkau.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61**, erwiderte, man könne im Plan erkennen, dass Mosigkau Bestandteil ist. Sie könne nicht erklären, wieso das in der Vorlage selbst nicht enthalten ist. Zeichnerisch sei es aber dargestellt und werde berichtigt. Brambach sei jedoch bewusst nicht enthalten, weil man nicht davon ausgeht, dass man dort mit negativen Ansiedlungen von Märkten über 800 m<sup>2</sup> zu rechnen habe. Deshalb seien die kleineren Ortsteile nicht enthalten. Mosigkau sei ein Ort, wo man sichern wolle, dass der Einzelhandel an dem Standort erhalten bleibt und Erweiterungsmöglichkeiten im Rahmen des Bebauungsplanes angeboten werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, merkte an, das auch für den Ausschuss mitzunehmen. Das sei kein Lapsus, denn man habe die Diskussion um Mosigkau in vielfältiger Hinsicht gehabt, dass man im Zuge des Abgleichs zu den Zentrenkonzepten die Ortschaftsräte mit beteiligt und sie ihre Stellungnahme dazu abgeben sollen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.20 Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 174 "Kreuzbergstraße"**  
**Vorlage: DR/BV/175/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

**7.21 Satzung zum Schutz und zur Pflege des Baum- und Heckenbestandes der Stadt Dessau-Roßlau (Baumschutzsatzung)**  
**Vorlage: DR/BV/032/2009/VI-65**

- zurückgestellt

**7.22 Lückenschluss der Gartenreichtour Fürst Franz  
Errichtung eines multifunktionalen Weges zwischen Mosigkau und  
Kleinkühnau - Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: DR/BV/130/2009/VI-66**

**Herr Göricke, Freie Wähler**, legte dar, man habe einen Beschlussvorschlag ausgereicht bekommen, in dem das Votum der Ortschaftsräte nicht vermerkt wurde. Darauf hatte er bereits letztens verwiesen. Er wolle voranstellen, dass die Ortschaftsräte generell der Maßnahme positiv gegenüberstehen. Man habe an dieser Maßnahme mitgearbeitet und es gab schon in den 90er Jahren ein Projekt in Richtung Radwegeverbindung Mosigkau - Kühnau. Er müsse aber ein Veto einlegen. So habe man in den Ortschaften Großkühnau, Kleinkühnau, Kochstedt, Alten, Mosigkau und Waldersee ein Defizit an Investitionen in der innerörtlichen Lage. Man wolle jetzt eine Wegeverbindung reinweg für den Tourismusverkehr zwischen zwei Ortschaften durch die grüne Heide bauen, weil es über ein Förderprogramm Fördermittel gibt. Wenn man sich die Fördermittel genau anschau, habe man eine maximale Nettoförderung von 75 %, minimal 65 % plus. Die Stadt müsse die restlichen Prozente plus Mehrwertsteuer übernehmen. Das bedeute, dass effektiv gefördert 55 % werden, die Stadt müsste 45 % im günstigsten Fall dazulegen. Man habe einen Eigenanteil von 504 T€ und würde, wenn man diese Mittel in den Orten einsetzt und mit einer Straßenausbaubeitragssatzung arbeitet, wo der Anlieger bei einer Anliegerstraße 66 % zahlen müsste, eine Aufstockung von Fremdmitteln von 980 T€ haben. Dem gegenüber stehen 600 T€ Fördermittel vom Land bzw. aus der EU. Er persönlich möchte dem Vorschlag Radweg nicht ablehnend gegenüberstehen, aber er könne ihm heute nicht zustimmen, weil es in den Orten sehr schlecht aussieht. Wenn man dem zustimme, bitte er darum, dass noch zwei Hütten mitgemacht werden, wo man Gummistiefel für die Touristen austeilte, damit sie trockenen Fußes zu den Sehenswürdigkeiten kommen.

**Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, bemerkte, man habe in der städtischen Arbeitsgruppe ILEC, wo auch die ganzen Ortschaftsräte angehört werden und auch mitarbeiten, über bestimmte Projekte entschieden, u. a. das des Ausbaus des Fürst-Franz-Radweges. Vom Gartenreich über den Fürst-Franz-Weg bis hin zum Kornhaus sei dieser relativ gut ausgebaut und dann komme der Abbruch. Die Touristen, die dann nach Mosigkau wollen, fragen, wie man dahin kommt, ob das am Kornhaus oder am Luisium ist, sie haben dann die Möglichkeit weiter durchzufahren. Selbst wenn wir Straßen mit Straßenausbaubeitrag machen, sei es schwierig, den Eigenanteil zu fordern und Leute für den Ausbau der Straßen zu gewinnen. Wir haben uns dafür engagiert und wissen, dass unter bestimmten Bedingungen das nicht machbar ist. Aber hier habe man ein kleines Stück, wo auch der Eigenanteil nicht ganz so groß ist, den die Stadt zu leisten hat. Sicher schmerze jeder Eigenanteil und es sei fraglich, ob man viele Projekte durchsetzen kann, die man heute beraten habe, aber man sollte der Vorlage zustimmen.

Die Maßnahme sei unstrittig, d. h. das Anliegen, diese Verbindung im Sinne des Gartenreiches aufzunehmen, um eine neue Qualität der touristischen Erschließung auf den Weg zu bringen, schloss sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, den Ausführungen an. Das Projekt lasse es zu, dass man den Radweg im Bedarfsfall auch zu Pferde benutzen kann. Damit könne man eine weitere Attraktion zwischen den einzelnen Standorten des Gartenreiches schaffen. Insofern sei es eine vernünftige Geschichte, die seit langen Jahren erwartet wird. Er freue sich insbesondere, dass dieser Lückenschluss getätigt und damit das Gartenreich ein bisschen reicher wird. Was die Probleme

matik der Verwendung der Mittel betreffe, sei es ein eigenes Ding. Die Lesart, die von Herrn Göricke dargestellt wurde, sei sicherlich verständlich, aber finanztechnisch nicht machbar. Man habe bei der Zuwendung bestimmter Mittel im Zuge der Förderfähigkeit nicht die Spielräume, diese anderweitig in die dringend benötigten Ausbaumaßnahmen der Vorortstraßen einzubringen. Man würde sich einen Bärendienst erweisen, aus solchen emotionalen Erwägungen heraus diesen Weg nicht zu realisieren.

Hier gehören Emotionen hinein, denn man sei hier, um Politik zu machen und die Verwaltung soll sachlich abarbeiten, merkte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an. Was Herr Göricke gesagt hat, sei vollkommen richtig. Aber es gehe nicht darum, ein gutes und wichtiges Projekt an Investitionen jetzt abzulehnen, sondern es müsse heute beschlossen werden, weil man gerade jetzt investiere. Aber es gilt und darum auch die Zusage, dass emotional endlich auf den Tisch gehauen wird. Wir brauchen in den Ortschaften endlich vernünftige Straßen. Dafür müssen mehr Investitionen möglich werden. Die CDU-Fraktion baue darauf, in Kürze vernünftige Mehrheiten für einen vernünftigen Haushalt zu bekommen, wo auch die Investitionen gestärkt werden können.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 32:00:09

### **7.23     Neubau Tierheim** **Vorlage: DR/BV/132/2009/VI-83**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:01:01

### **7.24     Möglichkeiten für Planungswettbewerbe bei Schulsanierungen** **Vorlage: DR/BV/214/2009/BL/Gr**

Als Einreicher der Vorlage führte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus, eine gleich lautende Vorlage habe vor geraumer Zeit der Bauausschuss einstimmig beschlossen. In den sich anschließenden Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses wurde die Vorlage hingegen abgelehnt. Der Stadtrat sollte sich zu diesem Thema abschließend befinden. Er wolle die Diskussion von vorn aufnehmen, wo es um den Architekturpreis und die Bauhausstadt ging. Er habe an dieser Stelle auch gesagt, dass die Bauhausstadt über Inhalte und Qualität wachsen muss. Dazu gehöre, wenn öffentliche Investitionen angeschoben werden, im Schulbereich werden in Größenordnungen in den nächsten Jahren viele Gelder ausgegeben, zu versuchen, nach der besten architektonischen Lösung zu suchen. Hier sind Planungswettbewerbe, Gutachterverfahren, eingeführte Verfahren, die von der Architektenkammer und von architektonisch erfolgreichen Kommunen durchgesetzt wurden. Insofern sehe man die Umsetzung dieser Beschlussvorlage als weiteren Baustein in Richtung einer Bauhausstadt.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, legte die Argumente, die damals im Haupt- und Personalausschuss sowie im Finanzausschuss zur Ablehnung geführt haben, dar. In der Vorlage sei auch zu finden, dass die Kosten voraussichtlich zwischen 5 und 10 % des jeweiligen Volumens, was die Maßnahme betrifft, letztendlich betragen.

Wenn man sich in der Vorlage die Sanierung der Sekundarschule Friedrich Schiller ansehe mit rund 5,9 Mio. €, dann rede man über Kosten für einen solchen Wettbewerb von bis zu 590 T€. Wenn man sich überlege, was man für diese Summe für Anliegerstraßen mit Bürgerbeteiligung und Straßenausbaubeitragssatzung bauen könnte, habe er ein Problem damit, dieses Geld für einen Wettbewerb auszugeben, dessen Ergebnis immer zweifelhaft ist. Wir haben mehrfach erlebt, wohin Wettbewerbe führen können, er nenne nur den Brunnen in der Zerbster Straße, das Bauhaus, die Sanierung Meisterhäuser.

Die **Fraktion Die Linke** sei ebenfalls für eine entsprechende Charta der Architekturqualität im Sinne der Bauhausstadt Dessau-Roßlau, wiederholte **Herr Schönemann** mit Nachdruck. Man habe sich aber dazu entschieden, im Rahmen unserer sonstigen Planungsvorgänge das theoretisch in die Planungsverfahren einzuarbeiten. Es sei keine Problematik der externen Konstellation, sondern es könne Ziel der jeweiligen Aufgabenstellung zur Maßnahme selbst sein, also in den einzelnen Phasen. Insofern erhalte das auch seine Dynamik. Es sei aber wichtig, dass es die Charta gibt, also welche Qualität wir fördern wollen, welche Qualität wir begleiten wollen, was wir als preiswürdig oder als besonders wertvoll ansehen, was definiert werden sollte. Dann käme der Schritt 2, sich auf den Weg zu begeben, die Dinge so zu realisieren, wie sie sich Herr Dr. Schmidt vielleicht wünscht. Im Augenblick sei die Reife einer solchen Situation nicht gegeben. Er würde diese Vorlage der Sache halber noch einmal **in den Bauausschuss zurückverweisen** wollen.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bemerkte, zurückblickend auf die erste Vorlage dürfte man sich daran erinnern, dass es ursprünglich eine Vorlage der Verwaltung war, unter dem Gesichtspunkt, wie wir heute den Architekturpreis beschlossen haben, eine höhere Qualität bei unseren eigenen Sanierungen zu befördern. Das sei ein Anliegen, was durchaus manche hier aufgreifen. Deshalb habe man die Vorlage auch wieder eingebracht, nachdem sie in den beiden Ausschüssen (aus finanziellen Überlegungen) keine Mehrheit gefunden hat, wobei die auf Seite 3 genannten Kosten einen gestaltbaren Rahmen darstellen. Wenn man hier Vergabe nach Mehrfachbeauftragung von 0,1 bis 1,0 % habe, sei das auch eine Aussage und zwar eine andere, als von knappen 10 % der Bausumme zu sprechen. Es komme darauf an, gut zu überlegen, wie man den Ansprüchen, die man sich mit einem Architekturpreis oder mit der mehrfach zitierten Bauhausstadt vorhalte, auch gerecht werden kann. Herr Giese-Rehm könne nur sagen, dass er diese Schritte vermisst, dies könnte aber einer sein. Er werbe dafür, heute einen Schritt zu machen und dann in die praktische Umsetzung auch realitätsnah zu bleiben und mit den Kosten zu sehen, dass diese nicht explodieren.

Architektur- und Planungskosten fallen bei jeder Planung an, führte **Herr Weber, Fraktion der CDU**, aus. Diese liegen in der Regel bei mindestens 10 % -12 %, wobei aber nach der Gebührenordnung 16 % - 17 % auch möglich seien. Deshalb bat er Herrn Bekierz, Leiter Amt 65, um Ausführungen, denn die Wettbewerbskosten werden dann anteilig bei dem, der den Zuschlag erhält, gegen gerechnet.

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes 65**, entgegnete, die hier genannten Kosten sind zusätzlich entstehende Kosten. Natürlich habe man Planungskosten in der Größenordnung von 15 % bis 17 %. Für den Wettbewerb entstehen zusätzliche Kosten, da es nicht nur den Gewinner des Wettbewerbes gibt, sondern auch diejenigen, die nicht ge-

winnen, was 3 bis 5 weitere Planer oder Architekten seien. Das Geld sei natürlich dann weg.

Bei allem Verständnis für eine höhere Qualität und Verbesserung sei der Vorschlag nicht diskutabel, da es einer zusätzlichen Ausgabe bedarf, die man sich nicht leisten könne, merkte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, an.

Diese Vorlage wurde auch mit dem Bund der Selbständigen, also mit Ingenieurbüros, diskutiert, legte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dar. Diese seien, wie die Fraktion auch der Meinung, dass das völlig überflüssig ist, weil man durchaus drei Büros einladen, deren Konzept abfragen und danach entscheiden könne.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, erklärte, er verstehe das positive Ansinnen der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen. Er müsse trotzdem Herrn Bönecke zustimmen, denn man sei nicht in der Situation, dass man sich das leisten könne. Deshalb werde die SPD-Fraktion diesen Beschlussantrag ablehnen.

Es gebe bei dem Verfahren unterschiedliche Möglichkeiten, führte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Herr Bekierz hatte gesagt, es gibt Architekturwettbewerbe und Mehrfachbeauftragungen in frühen Phasen. Jeder, der beim Bau etwas tiefer in die Materie geblickt hat, wisse, dass man gerade in den frühen Planungsphasen, wo man die Aufgabenstellung definiert und die grundsätzlichen Lösungen des Gebäudes definiert, sehr viel entscheide in Richtung Kosten. Es sei kein Widerspruch, wenn wir in frühen Phasen unterschiedliche Lösungen haben, unterschiedliche Varianten, die sich möglicherweise auch finanziell zu Gunsten der Stadt auswirken werden, zu sagen, man könne sich das deswegen nicht leisten. Das Argument, dass man aus Kostengründen Architekturqualität ablehnt, könne er nicht ernstlich glauben, zumal man sagt, man möchte Architekturqualität in der Bauhausstadt haben.

Städte, wie Chemnitz oder Leipzig, wo es Usus ist, dass bei öffentlichen Aufträgen immer konkurrierende Verfahren erwogen werden, zeigen, es müsse kein großartiger architektonischer Wettbewerb auf Europaebene sein, es könne auch eine Parallelbeauftragung im Gutacherverfahren sein. Das sei in anderen Städten Standard, die sich mit Architekturqualität herausgestellt haben.

Damit wir irgendwann einmal dahin kommen, müsse man auch anfangen. Man könne nicht verfahren, wie mit dem Brunnen in der Zerbster Straße oder wie mit den Meisterhäusern, was eine Sondersituation mit den ganzen Rahmenbedingungen des Denkmalschutzes der UNESCO darstellte. Es gab Anfang der 90er Jahre eine Vielzahl von Architekturwettbewerben, z. B. zum Rathausanbau, zum Fürst-Leopold-Carré, die sich durchaus positiv auf die Stadtgestaltung und -entwicklung ausgewirkt haben. Daran sollte man anknüpfen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erwiderte, genau das sei das Problem. Man hatte in den 90er Jahren eine Menge an Planungen und Ideen in dieser Stadt auf den Weg gebracht. Was die Qualität betreffe, sei diese aber bis zum heutigen Tag politischen Entscheidungen zum Opfer gefallen, wie z. B. der Rathausanbau, wo es visionärere Ansätze gab, die keine Mehrheiten gefunden hatten. Heute würde sich das mancher wünschen. Deshalb bat Herr Schönemann, das Angebot der Überweisung der Vorlage an den Bauausschuss anzunehmen, die Charta auf die Reihe zu bringen und die

Geschichte dann zu begleiten. Man könne es im Übrigen so machen, wie schon gesagt, dass im Rahmen der Phasen eine andere Herangehensweise gepflegt wird. In manchen Fällen habe man es schon praktiziert, dass wir die Richtung u. a. was Qualität betrifft, auf den Weg gebracht haben. Es gebe gute Beispiele dafür, nicht zuletzt sind unsere URBAN-II-Projekte ein solches Beispiel dafür.

Die Beschlussvorlage suggeriere ein Stück weit, dass es ohne diesen Auftrag keine Planungswettbewerbe geben kann, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Die könne es aber geben, wenn tatsächlich ein konkretes Interesse besteht. Wenn man bspw. an einer prägnanten Stelle einen Schulneubau errichtet, dann wäre er der Letzte der sagt, das machen wir nicht. Aber bei Sanierungen u. ä. Maßnahmen sollte man das im Einzelfall entscheiden.

Der **Antrag zur Verweisung** der Vorlage an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde mehrheitlich (10:29:03) **abgelehnt**.

Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** 11:27:04

## **7.25 Bildung eines Kunstbeirates für die Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: DR/BV/196/2009/BL/Gr**

Als Einbringer der Vorlage erläuterte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die Vorlage und legte dar, er habe den Antrag damals als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport eingebracht. Da dies aber nicht möglich ist, habe er nunmehr die Vorlage gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Namen seiner Fraktion eingereicht. Dieses Thema wurde ausgiebig im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport diskutiert, welcher die Empfehlung gibt, diesen Beirat wieder einzusetzen. Dass das im Rahmen der Hauptsatzung geklärt werden muss, sei klar. Insofern hätte man bei der Einreichung bedenken müssen, dass der Haupt- und Personalausschuss sich dazu bestimmt. Deshalb sollte es an den Haupt- und Personalausschuss verwiesen werden, damit es dort im Zusammenhang mit der Hauptsatzung als klares Votum des Kulturausschusses gesehen und behandelt wird.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, unterstützte das von Herrn Dr. Schmidt Gesagte. Man habe generell vor, sich der Hauptsatzung anzunehmen, vielleicht auch über andere Beiräte oder nicht beschließende Ausschüsse nachzudenken und Berufene Bürger mit hinein zu nehmen. D. h. **Verweisung der Vorlage** an den Haupt- und Personalausschuss zur Diskussion, so dass die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit haben, sich damit zu beschäftigen. Danach könne es wieder auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden.

Die **Fraktion Die Linke** sehe es als bedenkenswert an, in welcher Art und Weise Erwartungshaltungen mit einer solchen Konstellation geweckt werden, legte **Herr Schönmann** dar. Deshalb befürworte die Fraktion ebenfalls die Verweisung der Vorlage an den Haupt- und Personalausschuss. Die Botschaft müsse sein, Partner zu suchen, die sich an bestimmten Stellen im Interesse eines besonders wertvollen künstlerischen Beitrages einbringen, um mit ihnen zukünftig bestimmte Dinge zu gestalten und zu begleiten. Die Gefahr der Willkürlichkeit sei groß, da in der Vorlage steht „mit Aufruf und wer

gerne möchte“. Deshalb wäre ein erster Ansatz, in der Diskussion das Anliegen generell zu präzisieren.

Die Vorlage wurde an den Haupt- und Personalausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** 26:14:02

### 7.25.1 Information Ganztagschule Zoberberg

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, nannte Fakten und die Arbeitsrichtung zum Thema Geruchsbelästigung Ganztagschule Zoberberg. Es stelle sich die Frage, ob ein Mangel nach der Sanierung in der Schule vorliegt. Definitiv bestehen Geruchsprobleme. Nach gutachterlichen Aufzeichnungen wurden Phenole, Kresole und Ethylhexanole festgestellt, die deutlich wahrnehmbar sind. Darüber hinaus habe man mit Kindern zu tun, bei denen sich das sogenannte Sick-Building-Syndrom eingestellt hat, so dass sie sich aufgrund der Situation und der Unsicherheit krank fühlen. Nach unserer Auffassung liegt ein Mangel vor, den wir ableiten aus BGB § 434 Sachmangel und aus BGB § 633 Sach- und Rechtsmangel über den Werkvertrag. Aufgrund dieser Gesetzeslage und der vorhandenen Rechtssprechung sei man den Weg des selbständigen Beweismittelverfahrens gegangen. Das Gericht hat einen Gutachter bestellt, so dass wir auf den Gutachter eine zeitlang gewartet haben. Dieser hat mit der Arbeit begonnen, war aber verkehrt einberufen worden, so dass der erste Gutachtertermin geplatzt ist. Am 9.6.09 hatte man einen zweiten Termin. Es sei zu klären, ob eine Sanierung überhaupt erforderlich ist, wobei man hier die Problematik habe, dass es für die genannten Stoffe keine verbindlichen Grenz- und Richtwerte gibt. Man glaube aber, dass aufgrund der Situation eine Sanierung der Schule unbedingt erfolgen muss.

Zu den Möglichkeiten legte Herr Hantusch dar, es stünden zwei Ersatzstandorte zur Verfügung, die Schaftrift für die Grundschule und die Plauthstraße für die Sekundarschule. Beide Schulen müssten mit einem Kostenvolumen von ca. 200 T€ zuzüglich der Umzugskosten hergerichtet werden. Jetzt müsse die Vorgehensweise überlegt werden. Man habe gedacht, dass der Gutachter einen Teil der Räume freigibt. Es handelt sich um 70 Räume, in denen es stinkt. Bei dem 1. Gutachtertermin hat der Rechtsanwalt des Fußbodenlegers ausdrücklich bestritten, dass es Probleme flächendeckend in dieser Schule gibt und somit einen Beweis für sämtliche Räume gefordert. Das führt nicht nur dazu, dass die Kosten hochschnellen, sondern man sei dadurch eigentlich handlungsunfähig. Ende Juli findet ein weiterer Ortstermin statt.

Zu entscheiden ist jetzt über die weitere Verfahrensweise, weshalb er drei Varianten vorstellen wolle:

1. Der Schulbetrieb geht mit dem strengen Lüftungsregime weiter. Die Sanierung beginnt, sobald der Gutachter festgestellt hat, dass ein Mangel vorliegt und in welchem Umfang nach seiner Einschätzung eine Beweissicherung erforderlich ist. Hierfür könne man heute kein Datum nennen. Gehe man diesen Weg, bleibe der Druck, etwas zu tun, natürlich erhalten. Die Kinder und Lehrer müssten in dieser Umgebung, die nicht angenehm ist, verbleiben.

2. Die Schulen werden umgesetzt. Hierzu müssten die beiden Schulen erst hergerichtet werden. Dann habe man genügend Zeit sich der Rechtsprechung zu widmen. D. h. der Druck wäre herausgenommen. Es entstünden aber Kosten in Höhe von 250 T€ bis 300 T€ zusätzlich zu den dann irgendwann anfallenden Sanierungskosten.
3. Man beginne mit der Sanierung von 35 Räumen, wie es auch mit dem Eilbeschluss des Oberbürgermeisters angedacht ist. Das ist das Minimum dessen, was die Schule für ihren Schulbetrieb braucht. Man habe es mit Unannehmlichkeiten dahingehend zu tun, dass die Sanierung dann Zug um Zug stattfindet und dass die Kinder über einen Betonfußboden laufen, was aber hinnehmbar sei.

Die oben genannten Kostenrisiken stehen unter der Annahme, dass es einen Verursacher gibt, der später die Kosten, die wir im Moment auf ca. 450 T€ schätzen, tragen wird. Auch das sei aber nicht bewiesen. Auch hier müsse man warten, was die Rechtsprechung sagt. Möglicherweise wird ein Verursacher nicht eindeutig ermittelt, oder er ist aufgrund der Forderung zahlungsunfähig. Damit verbleiben sämtliche Sanierungskosten und auch die Kosten des Umzugs bei der Stadt. Gleiches gilt in abgemilderter Form, wenn wir einem Vergleich zustimmen müssen. Nach sorgfältiger Abwägung ist die Verwaltung für die Variante 3. Man würde mit der Sanierung von 35 Räumen beginnen und das Risiko eingehen, dass man Beweismaterial vernichtet hat. Aber in der derzeitigen Situation und Abwägung, insbesondere auch der Kostensituation, sei das ein gangbarer Weg. Das Gesamtrisiko bei Umzug liege bei ca. 700 T€. Das Gesamtrisiko ohne Umzug liege bei 450 T€. Sollte das Gericht sich unserer Rechtsauffassung anschließen, können wir einen Teil zurückbekommen. Sollte es zu einem Vergleich kommen, wird sich die Kostengröße von ca. 450 T€ verringern. Diesen Weg könnte und sollte man unter den jetzigen Bedingungen gehen.

**Herr Kolze, CDU-Fraktion**, erklärte, mit der Gesundheit und dem Wohlbefinden unserer Kinder, was Schutzbefohlene sind, könne man nicht spielen. Kindeswohl gehe klar vor. Von daher favorisiere die CDU-Fraktion die Variante, die dafür sorgt, dass die Kinder sofort aus diesen Räumen herauskommen, d. h. in diesen Schulen nicht mehr beschult werden, eingedenk der juristischen Risiken. Die CDU gehe das Risiko ein, auch wenn man dann schmerzhaft woanders sparen müsse.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, entgegnete, genau das beinhalte die Variante 3, die von der Verwaltung vorgeschlagen wird. Die Verwaltung signalisierte, jetzt schon Räume zu sanieren, d. h. dass eine Beschulung ohne Risiko für die Kinder möglich ist. Es müssen auch die Kosten eines Umzugs gesehen werden und man reiße die Klassen, Lehrkörper und Kinder auseinander. Man müsse auch den ÖPNV beachten. D. h. er folge der Variante 3 der Verwaltung. Sie saniert die Räume, damit ist kein Risiko mehr vorhanden. Für die Kinder und für die Stadt wäre die Variante 3 die bessere Variante.

Es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn die Stadt sagt, wir wollen sofort an die Sanierung herangehen, erwiderte **Herr Kolze**. Es dürfen dann aber keine Kinder mehr in dieser Schule sein. Das Risiko, dass tatsächlich Gesundheitsschädigungen auftreten, sei für die CDU-Fraktion zu groß. Man könne auch nicht damit experimentieren. Die Kinder gehören sofort aus dieser Schule heraus und müssen woanders beschult werden, denn zum Lernen gehöre auch eine entspannte Atmosphäre und Ruhe.

Hier gebe es möglicherweise ein Missverständnis, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man habe sich sowohl mit den Eltern, als auch mit der Lehrerschaft unterhalten. Beide haben gesagt, den Zustand bis zu den Ferien zu akzeptieren. Man werde jetzt die 35 Räume in der Ferienzeit herrichten, so dass also keine Kinder vor Ort sind. Lehrer und Eltern wollen nicht aus dieser Schule heraus.

Das Thema wurde im entsprechenden Ausschuss ausführlich diskutiert, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Es werde festgestellt, dass der Prozess der Feststellung der Ursachen juristisch ein Brief mit 7 Siegeln ist. Kinder müssen mit diesen widrigen Umständen zurechtkommen. Man wisse nicht, welche Auswirkungen diese Ausdunstungen nach sich ziehen. Wenn in irgendeiner Art und Weise ein Schadensfall eintritt, habe die Stadt den Zonk. Er schlage eine 4. Möglichkeit vor. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit gab es Folgendes: Im Epidemiefall machte man sich Gedanken, Schüler vorübergehend in eine andere Schule schichtweise umzusetzen, ohne den Aufwand Möbel zu rücken u. A., was Kosten spare und den Druck erhöhe, die Baumaßnahme zu Ende zu führen, um die Kinder an ihren angestammten Platz zurückzuführen. Insofern wäre das die beste Variante. Man würde den Kindern und Eltern entsprechend entgegenkommen, sie würden nicht mehr der Gefährdung ausgesetzt, was er elementar für wichtig halte. Alles andere sei sicherlich überlegenswert, aber wenn eine organisatorische Lösung möglich ist, sollte man das tun.

**Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**, hob hervor, dass es eine einvernehmliche Regelung zwischen dem Dez. VI und dem Dez. V geben müsse. Aus schulfachlicher Sicht unterstütze man die von Herrn Hantusch vorgeschlagene Variante 3. Man möchte nicht, dass über einen längeren Zeitpunkt der Schulverband auseinander gerissen wird. Das entspreche dem Willen der Kinder, der Lehrer und Eltern. Diese nehmen lieber den Zustand einer beschränkten Baustelle im Haus in Kauf, damit der Schulbetrieb bis zum Jahresende mit einem sichtbaren Ergebnis stattfinden kann. Keiner könne sagen, wie lange ein ausgelagerter Schulbetrieb dauern würde.

Es gehe darum, ein Meinungsbild zu finden, erklärte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Letztendlich liege die Sache bei der Verwaltung, beim Oberbürgermeister. Er wolle sich aber für die Variante 2 aussprechen. Man sollte mit dem Unterricht nach den Ferien in den anderen Gebäuden beginnen, in Ruhe die Ursachenforschung machen und auch das Beweissicherungsverfahren durchführen, denn nichts sei schlimmer, als mit einem Schnellschuss das Beweissicherungsverfahren kaputt zu machen, denn dann bleibe man voll auf den Kosten sitzen. Insofern plädiere er für ein Umziehen der Schule in andere Objekte, um die Zeit der Ferien zu nutzen, das Sanierungs- und Beweissicherungsverfahren hinzubekommen. Es sei auch eine Grundsatzfrage. Im Vorfeld gab es zur Zoberbergschule viele Diskussionen, auch im Stadtrat, welche Beläge dort verlegt werden und deshalb sollte man auch wissen, woran es gelegen hat. Deshalb favorisiere er die Variante 2, d. h. in den Ferien, umzuziehen und eine ordentliche Sanierung zu machen und nicht eine Sanierung, die dann noch ein Baustellenbetrieb ist, weil die Ferien nicht lang genug sind.

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes 65**, der den Prozess begleitet hat, ergänzte aus fachlicher Sicht, man habe konkrete Kostenschätzungen über konkrete durchzuführende Maßnahmen in den beiden Gebäuden. Man rede über Sanierungskosten in der Größenordnung von 200 bis 250 T€ und Umzugskosten in Höhe von 50 T€. Das Hauptthema sei aber, möglichst die Variante zu wählen, die Schüler und Lehrer am wenigsten

negativ beeinträchtigen. Dazu gibt es sowohl von Lehrern als auch von Eltern in den Diskussionsprozessen sehr klare Positionierungen. Der Wunsch der großen Mehrheit ist, diese Schule nicht zu verlassen, weil es u. a. eine schöne Schule ist, wo der Schulbetrieb gut funktioniert. Wenn man von einer Baustellensituation spricht, sei es nicht so, dass die Schüler in einen laufenden Baubetrieb eingebunden sind, sondern man habe aus den Messungen und der Bearbeitung von zwei Referenzräumen aus unserer Sicht fachlich ausreichende Erkenntnisse, um genau zu wissen, was getan werden muss.

D. h. der Bodenbelag und der vorhandene Zementanstrich müssen entfernt werden. Weil bei der Sanierung der vorhandene Anhydridstrich sehr stark beschädigt wurde, müsse dieser aus technischen Gründen herausgenommen werden. Die Situation, die die Schüler in den sanierten Klassenräumen vorfinden würden, sei ein neuer Zementstrich, auf dem sie beschult würden. Man wolle ausschließlich das Belegen des Estrichs mit einem neuen Belag verzögert machen, nämlich bis sich der Gerichtsgutachter dazu positioniert hat. D. h. es werde nicht auf einem elastischen Belag beschult, sondern auf einem Estrich. Ansonsten werde es für die Kinder nicht als Baumaßnahme erscheinen, denn alle Maßnahmen werden außerhalb des Schulbetriebes durchgeführt. Der Umzug für die Lehrer und Schüler wäre eine große Beeinträchtigung durch den Transport, die nicht das Lernen der Schüler befördern würde. Das Risiko sei, dass man seitens des Gutachters noch nicht die Aussage hat, dass überhaupt ein Mangel vorliegt. Die Belastung, die man zur Kenntnis genommen hat und die durch die Parteiengutachter belegt sind, könne man nicht über irgendwelche Grenzwerte 100 % rechtssicher so als Maßnahme definieren, d. h. die Aussage, es liegt ein Mangel vor, habe man noch nicht, was das Risiko sei.

Dem gegenüber stünden zusätzliche Kosten in Höhe von 250 bis 300 T€ und aus der Angst heraus, möglicherweise den Schaden nicht eindeutig beweisen zu können, gehe man das Risiko ein, dass am Ende der Verursacher vielleicht insolvent wird oder kein eindeutiger Verursacher festzustellen ist, so dass wir diese Kosten noch zusätzlich zu tragen haben. In Summe sei die Sanierung dieser 35 Räume mit dem gleichen Geld zu machen, das man für den Umzug aufbringen müsste. Deshalb plädiere Herr Bekierz für die Herstellung der Räume, dann sei das Geld da eingebracht und gleich dort eingesetzt, wo es hingehört. Wenn man jetzt die Schüler herausnehme, werden sich alle zurücklehnen, das Verfahren verzögern und man rede möglicherweise von Jahren, die die Schüler ausgelagert sind, was man vermeiden wolle.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führte aus, man handelt mit Sicherheit nicht aus Angst, dass uns etwas auf die Füße fällt, sondern es geht um die Kinder. Die Mitglieder des Hauptausschusses wissen, dass er angemahnt hatte, auf die 2 während der Umbauphase genutzten Schulen umzuschulen und die Kinder aus diesen Räumen zu holen, was dann nicht passiert ist. Es sei ein Stück weit Verschulden des vom Gericht bestellten Gutachters, dass wir noch nicht soweit sind, wie wir sollten, was nur das Beweissicherungsverfahren betreffe. Das Verschulden, dass ein  $\frac{3}{4}$  Jahr verstrichen ist, bevor das Verfahren angeschoben wurde, liege an anderer Stelle. Hier müsse man abwägen, auch vor dem Hintergrund der Kosten, ob die Gesundheit der 600-700 Kinder es wert ist, das Risiko einzugehen, vielleicht 300 T€ mehr auszugeben, aber die Kinder aus der gesundheitlichen Schusslinie sind. Wir wissen alle nicht, welche Auswirkungen die Phenole und anderen Stoffe tatsächlich haben. Deshalb plädiere er dafür, die Kinder aus der Schule zu holen. Ein weiterer Punkt sei, dass eine Reihe von Kindern unter gesundheitlichen Symptomen leiden. Die Angst der Kinder und Eltern könnte man damit

nehmen, dass man die Kinder auf Kosten der Stadt intensiv untersucht, ob diese aufgenommenen Stoffe die Ursache dafür sind.

Es sei richtig, dass ein solches Thema herausfordert, über unterschiedliche Lösungsansätze nachzudenken, entgegnete **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**. Auf die Ausführungen von Herrn Dr. Schmidt eingehend, legte er dar, er könne nicht im Raum stehen lassen, dass durch ihn der Eindruck entstanden wäre, Herr Wolfram würde sich der vom Dez. V und VI kund getanen Meinung anschließen. Es sei richtig, dass Herr Wolfram diese Entscheidung genau aus diesen Gründen mit trägt, weil er als Schulverwaltungsamtsleiter genau diese Gefahr sieht, die droht, wenn ein Schulbetrieb über lange unbegrenzte Zeit auseinander gerissen wird. Die Variante 3 sei natürlich auch mit Herrn Wolfram abgestimmt. Im Übrigen würde er als Beigeordneter notfalls gegen die Meinung eines Amtsleiters entscheiden, wenn er diese Entscheidung als richtig empfindet.

Er begleite diesen Vorgang seit Ende August und war einer der Mitinitiatoren, die bei einer Einschulung mitbekamen, wie die Geruchsbelästigung ist, was bei der Einweihung nicht aufgefallen war, führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus. Er habe diesen Prozess begleitet und an Elternversammlungen teilgenommen. Die Stadträte sind am 25. März 2009 im Bauausschuss und im Kulturausschuss über die Situation an dieser Schule informiert worden. Damals habe er kritisiert, dass die Verwaltung bis dato noch keine Proberäume eingerichtet hatte, sondern nur mit einem Lüftungsregime und einem Gutachter versucht hat zu agieren. Von einer Bestellung eines Gerichtsgutachters war zu der Zeit noch gar nicht die Rede. Damals war er der einzige, der das kritisiert hatte. Insofern wundere er sich jetzt über Herrn Kolze, denn alle, insbesondere könne er sich an die Ausführungen von Herrn Dr. Neubert und Herrn Schönemann erinnern, fanden das Handeln der Verwaltung ganz wunderbar. In der Elternversammlung am 21.4.09 stellte sich das ganz anders dar. Die Eltern hatten gesagt, sie seien nicht informiert worden und es war immer noch kein Gerichtsgutachter bestellt. Der ist nun bestellt worden und es kommen die Dinge, die Herr Bekierz gesagt hat, dass dieser es noch nicht einmal schafft, alle Vertreter der Parteien zusammenzubringen. Trotz alledem habe man die schlimmste Zeit hinter sich, nämlich die Zeit des Winters, wo es kalt war und nicht gelüftet werden konnte. Jetzt habe man eine Zeit, wo ausgiebig gelüftet werden kann und die Belastung zu ertragen ist.

Die Eltern, die Schulleitungen, Herr Wolfram und auch er, Herr Otto, sprechen sich ausdrücklich dafür aus, dass man die Zeit bis zum Sommer in dieser Schule bleibt, weil zur genannten Elternversammlung festgestellt wurde, dass man 4-5 Wochen braucht, um die Schulen mit hohem Aufwand erst funktionsfähig zu machen. Dort sind keine Möbel und Medien mehr vorhanden und müssen erst bereitgestellt werden. Deshalb wurde gesagt, man versucht den Verband zusammenzuhalten, das Schulkonzept umzusetzen und sich mit der Lüftung über die Runden zu retten. Wenn bis zu den Ferien keine Entscheidung gefällt oder möglich ist, weil der bestellte Gutachter vom Gericht uns immer noch im Unklaren lässt, müsse man über andere Wege nachdenken. Eine Beschulung in der Schule ab dem neuen Schuljahr ist, wenn die Veränderungen nicht eingetreten sind, nicht möglich. Dann müsse man andere Schulen herrichten und die Schüler dort unterbringen, denn länger könne man das den Kindern und Eltern nicht zumuten.

Die Ausführungen von Herrn Bönecke aufgreifend, informierte Herr Otto über eine Anregung einer Mutti. In Hamburg gebe es ein Institut, welches die Schadstoffbelastung im Blut nachweisen könne. Dieses Verfahren ist sehr teuer und auch in Dessau nicht möglich. Warum sollte man aber nicht, u. U. auch mit dem Kommunalen Schadensausgleich oder der Unfallkasse, eine Untersuchung durchführen, um später eine Dokumentation zu haben, dass das Blut nicht so verunreinigt ist, dass Spätschäden entstehen können.

**Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, legte dar, es müsse eine klare Linie angestrebt werden. Man habe den Kindern und Lehrern zugemutet, über den Winter in der Schule zu bleiben, weil uns gesagt wurde, die Gerüche sind nicht messbar und wenn diese nicht messbar sind, liegen sie unterhalb jeglicher Grenzen, die einen sofortigen Auszug verbieten. Das schlimmste ist vorbei, und er stimme Herrn Otto zu, er hatte auch in der Sitzung gesagt, wenn man jetzt lüfte und das Belastungsschema ist nicht so stark, dann gebe es keinen Grund, gerade jetzt in den wärmeren Wochen, herauszugehen. Man wisse jetzt, dass die Belastung doch nachweisbar ist und es Stoffe sind, die durchaus zu einer Belastung führen können. Man könne nur nicht sagen, wie viel. Als erstes müsste man überlegen, was man in den verbleibenden Wochen macht. Werden die Kinder anders beschult, oder bleibt alles beim Alten und man macht einfach die Fenster auf. Da die Noten weitgehend fertig sind, sollte eine Lösung gefunden werden, dass die Kinder so beschult werden, dass sie im Augenblick möglichst wenig in den Räumen sind. Das sei zwar für die Eltern eine Belastung, auch für die Lehrer, es müssen aber Wege gefunden werden, die machbar sind. Hier sei das Schulverwaltungsamt gefordert und die Schulleitung sei flexibel genug. Er stimme zu, wenn es um die Kinder geht, dürfen uns ein paar 100 T€ nicht zu viel sein. Aber man mache einen 2. Fehler, denn man mute den Kindern zu, in schnell sanierten Schulen sofort ein ganzes Jahr oder länger zu bleiben, wo es evtl. neue Gefahren gibt. Wir müssen immer noch unsere Aufsichtspflicht den Eltern und Kindern gegenüber wahren und schnellstmöglich mit einer Sanierung beginnen, auch wenn das heißt, vielleicht einen Teil des Geldes nicht zurück zu bekommen. Man sollte das Geld, was man für den Umzug spart, dafür nutzen, um nicht in rechtliche Probleme hineingezogen zu werden. Es sollte ein Weg gefunden werden, der die Kinder schützt und der Stadt hilft.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, verdeutlichte, bis zu den Ferien sei das eindeutige Votum der Eltern- und Lehrerschaft, in der Schule zu bleiben. Genau das, was Herr Puttkammer sage, wolle man tun. Man wolle 35 Räume, die als Minimum für den Schulbetrieb benötigt werden, in den Ferien sanieren. Nach den Ferien findet der Unterricht in diesen 35 Räumen statt. Die Kinder kommen also nicht in die verbleibenden Räume, die dann noch möglicherweise kontaminiert sind. Damit würden die Kinder nicht mehr gefährdet, weil nur noch in den sanierten Bereichen der Unterricht stattfindet.

Ergänzend erklärte **Herr Bekierz**, dass eine toxische Gefährdung nach allem was bekannt ist auszuschließen ist. Während des Lüftungsregimes und unter normalen Unterrichtsbedingungen wurden Raumluftmessungen durchgeführt. Die Schüler werden und wurden in den letzten Wochen und Monaten unter hygienisch einwandfreien und toxisch unbedenklichen Umständen beschult. Allerdings sei der Geruch im ganzen Gebäude wahrnehmbar, was eine unendliche Belästigung darstelle. Eine gesundheitliche Gefährdung könne ausgeschlossen werden. Im Anschluss an das Gespräch mit dem Gutachter am gestrigen Tag hatte man eine Diskussion mit den Schulleitern und den Elternvertreter beider Schulen. Alle haben dafür plädiert, in der Schule zu bleiben, selbst in un-

sanieren Räumen. Deshalb wolle man das Risiko des Beweismittelverlustes eingehen und die 35 Räume sanieren. Man sollte nicht gegen die Lehrer und Schüler entscheiden.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, erklärte, man sei jetzt auf dem richtigen Weg. Wie Herr Puttkammer sagte, gebe es sicher über das Schulverwaltungsamt Möglichkeiten, das zu begrenzen. Was die Schüler und Eltern wollen und was machbar ist, d. h. in den Ferien die Sanierung zu machen, sollte umgesetzt und seitens der Stadträte das Risiko mitgetragen werden. Damit werde den Eltern und Schülern geholfen und vielleicht verursacht das auch keine zusätzlichen Kosten.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, führte aus, er habe diese Informationen zum Tagesordnungspunkt 6.1 erwartet und stimme der Meinung von Herrn Kolze zu. Wenn sein Kind nach Hause kommt und gesundheitliche Beeinträchtigungen mitbringt, nehme er sein Kind von der Schule. Er könne auch die Ausführungen von Herrn Puttkammer nachvollziehen. Sollte es aber nicht gelingen, in ausreichendem Umfang das abzustellen, sei er für einen rechtzeitigen Umzug. Man habe einen Grenzfall, der sich keinesfalls wiederholen dürfe.

**Herrn Körting, Schulelternratsvorsitzender der Ganztagschule Zoberberg**, wurde das Wort erteilt. Er bat um Zustimmung zur geplanten Maßnahme, die Arbeiten in den Sommerferien durchzuführen. Wenn die Kinder aus der Schule herausgerissen werden, würde damit alles kaputt gehen. Er bitte deshalb sehr darum, dieses Problem in den Sommerferien zu beheben und die Schüler nicht in andere Schulen auszugliedern, denn damit würde man mehr Schaden anrichten.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, ob das hier dargestellte Meinungsbild für die Verwaltung ausreicht, legte **Herr Hantusch** dar, man werde das heute Gehörte sicherlich reflektieren. Er begrüßte, dass man der Elternschaft hier das Wort erteilt habe. In der OB-Dienstberatung werde man darüber abstimmen und er gehe davon aus, dass die Variante 3 gewählt wird.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt. Nach Abhandlung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte wurde wiederum Öffentlichkeit hergestellt.

## 10. Schließung der Sitzung

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Sitzung mit dem Hinweis auf die anstehende Sommerpause und die sich daran anschließende Stadtratssitzung am 26. August 2009.

Dessau-Roßlau, 22.12.20

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer  
Schriftführerin